

STADT KITZINGEN

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 18.10.2012

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 18.10.2012
Beginn: 18:10 Uhr
Ende: 21:07 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Siegfried Müller

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Günther

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

Stadtrat Manuel Müller

Stadträtin Rosmarie Richter

Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

bis 18.45 Uhr, Ziffer 4.1

Stadtrat Hugo Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

Stadtrat Klaus Heisel

Stadträtin Nicole Mahlmeister

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Friedrich Haag

Stadträtin Barbara Wachter

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadtrat Thomas Steinruck

ödp-Stadtratsgruppe

Stadtrat Jens Pauluhn

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

Stadtrat Hans Schardt

fraktionslos

2. Bürgermeister Werner May

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger

Ortssprecherin Anna Schlötter

bis 19.55 Uhr, Ziffer 6.1

Schriftführer/in

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Bauamtsleiter Oliver Graumann

Verwaltungsrat Ralph Hartner

Oberrechtsrätin Susanne Schmöger

Stadtkämmerer Bernhard Weber

Entschuldigt:

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Thomas Rank

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Elvira Kahnt

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass Familie Malguth ihren Antrag auf Errichtung einer Schildkrötenauffangstation zurückgezogen habe und der TOP 3 aus diesem Grund abgesetzt werde. Dies wird zur Kenntnis genommen.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Finanzausschusses vom 20.09.12 und des Stadtrates vom 27.09.12

Die öffentliche Niederschrift des Finanzausschusses vom 20.09.2012 ist gemäß Art. 54 Abs. 2 GO genehmigt.

Die öffentliche Niederschrift des Stadtrates vom 27.09.2012 ist gemäß Art. 54 Abs. 2 GO genehmigt.

2. Vorstellung der Fassadengestaltung des FastnachtMuseums durch Herrn Architekt Schmidt (mündliche Information)

Stadtrat Schmidt als planender Architekt geht ausführlich auf den Umbau sowie die Gestaltung des Deutschen FastnachtMuseums ein.

Im Wesentlichen bezieht er sich auf die Fassadengestaltung, die in einem quadratischen Bereich (6,5 m) aus einem eingefärbten Alublech besteht, welches auf einer Unterkonstruktion aufgeschraubt wird. Die Alubleche sind eingeschnitten, so dass die traditionelle Fastnachtsoptik in Form eines Federkleides entsteht. Die Bleche werden in den Farben des BDK (Bund Deutscher Karneval) eingefärbt. Der untere Bereich der Fassade wird ebenfalls mit dem gleichen Material verkleidet, jedoch nicht in Form eines Federkleides. Als Farbe wird Gold verwendet, was die Schatztruhe symbolisieren soll, welche sich mit dem Museum hinter dem Ein-

gang verbirgt. In Absprache mit dem Landesamt für Denkmalpflege sollte die Fassade nicht historisierend gestaltet werden, was seiner Auffassung nach mit dem Federkleid auch erreicht werde.

Darüber hinaus geht Stadtrat Schmidt auf den behindertengerechten Zugang ein, der derzeit aufgrund der örtlichen Gegebenheiten eine Steigung von 18 cm mit sich bringt. Bei Änderung des Gehweges von einem Nieder- in einen Hochbordstein erhalte man eine Steigung von 3 cm und somit eine behindertenfreundliche Lösung für den Zugang in der Rosenstraße.

Oberbürgermeister Müller bedankt sich für den Vortrag.

Ohne Abstimmung

Der Sachvortrag mit der Fassadendarstellung sowie der Gestaltung des behindertengerechten Gehweges von Stadtrat Schmidt wird zur Kenntnis genommen.

3. Erweiterung des Firmengeländes der Fa. LEONI Bordnetz-System GmbH und der Fa. Höhn Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 24 gem. § 2 Abs. 1 BauGB

(Stadtrat Steinruck ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Diskussion im Rahmen der Sitzung des Finanzausschuss und erkundigt sich nach Fragen.

Bürgermeister Christof möchte wissen, wie die Straße (Verbindung von Panzerstraße und ST 2271) geplant sei, da beim gegenwärtigen Bebauungsplan die Straße im Gebiet ende. Darüber hinaus möchte er wissen, wer Straßenbaulastträger sei und wann das von der Regierung von Unterfranken geforderte Verkehrskonzept für die Harvey Barracks erstellt werde.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass beim vorliegenden Bebauungsplan die Verbindungsstraße zwischen Panzerstraße und ST 2271 nicht in Rede stehe und mit dem Zuschnitt des Grundstücks lediglich die Option offen gehalten werden sollte, die Straße nach dem Verkauf entsprechend verwirklichen zu können.

Darüber hinaus stellt Bauamtsleiter Graumann hinsichtlich der Straßenbaulastträgerschaft sowie des Verkehrsgutachtens dar, dass dies erst nach dem Verkauf von Harvey Barracks besprochen werden könne. Bei der vorliegenden Beschlussfassung gehe es lediglich um das Bauleitplanverfahren zur Erweiterung der Firmen Höhn bzw. Leoni.

Die Grundstücksführung wurde in Absprache mit der Firma Leoni in der Form gewählt, dass eine mögliche Verbindungsstraße noch umgesetzt werden könne.

Oberbürgermeister Müller ergänzt, dass die Erschließung der bestehenden Firmen über deren gegenwärtiges Firmengelände erfolge.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt als Referent für Wirtschaft und Konversion stellt dar, dass mit dem vorliegenden Beschlussentwurf, zwei Kitzinger Betrieben eine Erweiterung ermöglicht werden könnte. Die Problematik hinsichtlich der Straße werde sicher-

lich gelöst werden können. Die UsW spricht sich für den Beschlussentwurf aus.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser stimmt dem Beschlussentwurf zu und freut sich ebenfalls über die Erweiterung zweier Kitzinger Betriebe. Er begrüßt den Schritt der BIMA, die mit der Veräußerung der Fläche von ihrem bisherigen Weg (Veräußerung im Bieterverfahren) abgerückt sei.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul gibt ihre Zustimmung zum Beschlussentwurf.

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp spricht sich ebenfalls für den Beschlussentwurf aus und freut sich über die Sicherung der Arbeitsplätze. Die Problematik hinsichtlich der Straße werde sicherlich gelöst.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof spricht sich grundsätzlich für den Beschlussentwurf aus und schließt sich den Meinungen der Vorredner an. Gleichwohl gibt er zu bedenken, dass die Problemstellungen nicht gesamtheitlich gesehen, sondern diese nur auf eine Teilfläche betrachtet werde. Er befürchte, dass dies die Stadt noch einholen werde.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stimmt dem Beschlussentwurf zu.

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm spricht sich ebenfalls für den Beschlussentwurf aus.

„fraktionslos“

2. Bürgermeister May gibt seine Zustimmung.

.beschlossen dafür 27 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Bebauungsplans Nr. 24 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB für das Areal östlich angrenzend auf den Flächen der ehemaligen Harvey Barracks im Regelverfahren mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplanes.
3. Die Verwaltung wird mit der Erstellung eines städtebaulichen Vertrages gemäß § 11 Abs. 1 BauGB sowie der Einleitung der weiteren Verfahrensschritte beauftragt.

4. Auftragsvergaben

4.1. Feuerwehrgerätehaus Sickershausen, Fassadenarbeiten; Auftragsvergabe nach VOB - Maler- und Verputzerarbeiten; hier: Aufhebung der Ausschreibung, basiert auf dem Beschluss des FA vom 09.10.12 (Tischvorlage)

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass eine Ausschreibung hinsichtlich der Fassadenarbeiten am Feuerwehrhaus Sickershausen erfolgte. Im Rahmen der Vergabe erhielt die Verwaltung den Auftrag, eine energetische Sanierung zu prüfen und eine entsprechende Berechnung vorzulegen. Er verweist auf die Berechnung und stellt fest, dass die Amortisation unter Beachtung einer vollumfänglichen energetischen Sanierung gegenwärtig bei 166 Jahren liege. Mit Blick auf die vorliegenden Zahlen sollte eine energetische Sanierung nicht weiter verfolgt werden.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, dass eine Berechnung der Amortisation auf Grundlage der Energiepreisentwicklung einen anderen Zeitraum ergeben hätte und sich somit die Amortisation relativieren würde. Darüber hinaus ergibt sich lediglich bei einer Fassadendämmung ein anderer Amortisationszeitraum. Er persönlich wie auch Teile der UsW sprechen sich für die energetische Sanierung aus. Die Fraktion werde unterschiedlich abstimmen.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser erklärt, dass die CSU getrennt abstimmen werde. Er stellt dar, dass die Mehrkosten nicht im Haushalt veranschlagt seien und es schwer zu vertreten sei, einen sechsstelligen Betrag auszugeben auch wenn sich die CSU im Grunde für eine energetische Sanierung ausspreche.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul erklärt, dass auch die SPD getrennt abstimmen werde. Teile der SPD stimmen auch bei der folgenden Auftragsvergabe wissentlich falsch ab, um zu demonstrieren, dass man sich im Vorfeld einer Ausschreibung Gedanken machen sollte, inwiefern örtliche Anbieter bevorzugt berücksichtigt werden können.

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp erklärt, dass die FW-FBW-Fraktion ebenfalls unterschiedlich abstimmen werde. Sie spricht sich für eine Wärmedämmung aus. Auch wenn die Mehrkosten erheblich seien, sollte man in Zeiten steigender Energiepreise ein Zeichen setzen.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof stellt fest, dass es die Vergabeordnung gebe, woran sich die Stadt Kitzingen zu halten habe und die KIK werde sich daran halten.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Schmidt stellt dar, dass sich die ödp im Grund für eine Wärmedämmung ausspreche. Da es sich beim vorliegenden Gebäude um ein Feuerwehrhaus handle, bei dem der Heizwert und somit die Einsparungen gegenüber den Investi-

tionen sehr gering seien, spreche sich die ödp gegen den Beschlussentwurf aus.

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm erklärt, dass eine energetische Ausführung im Grunde befürwortet werden sollte, jedoch mit Blick auf die Investitionskosten im vorliegenden Fall nicht zugestimmt werden könne. Er stellt fest, dass die energetische Sanierung keine Auswirkungen auf die Beschlussfassung hinsichtlich der Auftragsvergabe habe.

„fraktionslos“

2. Bürgermeister May ist der Auffassung, dass eine energetische Sanierung dort durchgeführt werden sollte, wo diese auch sinnvoll sei. Aus diesem Grund spricht er sich für den Verwaltungsvorschlag aus.

abgelehnt **dafür 10** **dagegen 17**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Vergabe wird entsprechend der VOB/A §17 aufgehoben. Die Bieter sind von der Aufhebung zu unterrichten.
3. Die Vergabe wird aufgehoben. Die Verwaltung wird beauftragt, eine erneute Ausschreibung unter Berücksichtigung des Teileinbaus eines Wärmedämmverbundsystems zu erarbeiten und auszuschreiben.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Beschlussvorschlag somit abgelehnt sei und einer energetische Sanierung nicht erfolge.

4.2. Feuerwehrgerätehaus Sickershausen; Fassadenarbeiten; hier Auftragsvergabe nach VOB - Maler- und Verputzerarbeiten (Im Falle einer Ablehnung des Beschlusses von TOP 3.1) (Vorlage Nr. 289 v. FA am 09.10.12)

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Reihenfolge der Bieter und bedauert, dass ein aktiver Feuerwehrmann an zweiter Stelle liegt. Die Verwaltung habe geprüft inwiefern im vorliegenden Fall das Argument der Wirtschaftlichkeit angewandt werden könne, was jedoch nach dem Vergaberecht leider nicht möglich ist.

Stadtrat Böhm vergewissert sich, ob bei einer Vertagung der Angelegenheit ohnehin die Zuschlagsfrist verfallen würde.

Oberbürgermeister Müller bejaht dies, gibt jedoch zu bedenken, dass dann die Stadt den entgangenen Gewinn an die an erster Stelle liegende Firma entschädigen müsste.

beschlossen **dafür 15** **dagegen 12**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Den Auftrag für die Maler- und Verputzerarbeiten an dem Feuerwehrgerätehaus Sickershausen erhält die Firma Gessner, Nüdlingen. Die Auftragssumme schließt mit 33.640,76 €.

3. Die erforderlichen Mittel stehen bei der Haushaltsstelle 0.1300.5010 zur Verfügung

5. Budgetübertrag

**5.1. Budgetabrechnung 2011;
Budget "Städt. Waldbesitz" - UA 8551**

beschlossen dafür 27 dagegen 0

Die Abrechnung des Budgets "Städtischer Waldbesitz" – UA 8551 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 34.763,57 € ab.

Auf den positiven Übertrag in Höhe von 24.335,00 € (70 % des Überschusses) auf das Haushaltsjahr 2012 wird verzichtet.

**5.2. Budgetabrechnung 2011;
Budget "Wohn- und Geschäftsgrundstücke" - UA 8801**

beschlossen dafür 27 dagegen 0

Die Abrechnung des Budgets „Wohn- und Geschäftsgrundstücke“ - UA 8801 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 38.616,97 € ab.

Auf den positiven Übertrag in Höhe von 27.032,00 € (70 % des Überschusses) auf das Haushaltsjahr 2012 wird verzichtet.

**5.3. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011;
Budget "Schulischer Sachaufwand" - UA 2431 -**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets „Schulischer Sachaufwand“ – UA 2431 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 16.023,51 € ab. Der Überschuss wird zu 70 %, d. h. in Höhe von 11.216,00 €, in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

**5.4. Budgetabrechnung 2011;
Budget "Sonstiges Allgemeines Grundvermögen" - UA 8891**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets "Sonstiges Allgemeines Grundvermögen" - UA 8891 - für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem zusätzlich erwirtschafteten Überschuss in Höhe von 10.133,83 € ab.

Der Überschuss wird zu 70 %, d. h. in Höhe von 7.094,00 €, auf das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

**5.5. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011;
Gesamtbudget "Schulen Betriebskosten" - UA 2111, 2112, 2121, 2122, 2431 -**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Gesamtbudgets „Schulen Betriebskosten“ – UA 2111, 2112, 2121, 2122, 2431 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 22.827,83 € ab. Der Überschuss wird zu 70 %, d. h. in Höhe von 15.979,00 € in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

6. Kommunales Unternehmensrecht - Beteiligungsbericht 2010

Oberbürgermeister Müller verweist auf den vorliegenden Beteiligungsbericht und bittet diesen zur Kenntnis zu nehmen.

Bürgermeister Christof ist die Einflussmöglichkeit seitens des Stadtrates wichtig, was seitens des Gremiums auch gewollt sein sollte und wofür seitens der Verwaltung die entsprechenden Informationen gegeben werden müssten. Dabei bezieht er sich insbesondere auf die Energiepreise der LKW, die vor einer Beratung im Aufsichtsrat im Stadtrat diskutiert werden sollten.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die bestehenden Gesellschaftsverträge und eine Beteiligung nur im Rahmen dessen möglich sei. Im Übrigen müssten sich die Preise der LKW am Markt orientieren.

Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass etwas mehr Transparenz dem Verständnis des Stadtrates helfen würde.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass in sämtlichen Aufsichtsräten ausschließlich Stadträte säßen und der Stadtrat insofern vertreten sei. Er sagt zu, dass im Nachgang zu den Aufsichtsratssitzungen dem Gesamtstadtrat eine entsprechende Info gegeben werde.

In diesem Zusammenhang entsteht eine Diskussion, inwiefern die im Aufsichtsrat vertretenen Stadträte, die Fraktionskollegen bereits im Vorfeld der Sitzung informieren dürfen, da dies sonst mit dem Verweis auf die Geheimhaltung stets abgelehnt wurde.

Aufgrund verschiedener Redebeiträge, die eine Informationspflicht seitens der Fraktionskollegen sehen, stellt Oberbürgermeister Müller fest, dass die im Aufsichtsrat vertretenen Stadträte in einer nichtöffentlichen Fraktionssitzung im Vorfeld

einer Aufsichtsratssitzung entsprechend informiert und insofern eine Fraktionsmeinung eingeholt werden kann.

Ohne Abstimmung

Von dem nach Art. 94 Abs. 3 GO jährlich zu erstellenden Beteiligungsbericht über die Beteiligungen der Stadt Kitzingen an Unternehmen in Privatrechtsform für das Jahr 2010 wird Kenntnis genommen.

7. Anträge von Fraktionen und Gruppen

7.1. Marshall Heights - Information und Sondersitzung, KIK-Antrag Nr. 118-8-12

Bürgermeister Christof geht auf seinen Antrag ein und stellt dar, dass mit Blick auf den Verfall der Häuser in den Marshall Heights die Stadt tätig werden sollte und man sich mit den Verantwortlichen der BIMA ins Benehmen setzen sollte. Darüber hinaus sollten die Erfahrungen anderer Städte genutzt (z. B. Fürth, Aschaffenburg) und hierzu Vertreter in den Stadtrat eingeladen werden. Darauf aufbauend könne eine Sondersitzung des Stadtrates stattfinden. Darüber hinaus sei es nötig, dass die Bau GmbH eine entsprechende Wohnraumanalyse erstellt, die ebenfalls für die Sondersitzung als Grundlage dient. Den Weg der Verwaltung, zunächst intern das Thema konzeptionell vorzubereiten und anschließend dem Stadtrat vorzustellen, halte er für nicht sinnvoll. Die Sondersitzung sollte seiner Auffassung nach, nach den Haushaltsberatungen stattfinden.

Bauamtsleiter Graumann stellt fest, dass die Auffassung des Antragstellers sowie der Verwaltung nicht weit auseinanderliege, lediglich der Weg bislang unterschiedlich sei. Ihm sei es wichtig, zunächst verwaltungsintern konzeptionelle Vorüberlegungen anzustellen und nach einer Beratung im Stadtentwicklungsbeirat, dem Gesamtstadtrat vorzustellen. Dabei könne er sich auch vorstellen, die Erfahrungen von Kolleginnen und Kollegen anderer Stadt einzubeziehen.

Oberbürgermeister Müller ergänzt, dass eine konzeptionelle Vorüberlegung – auch in Absprache mit der BIMA – sinnvoll sei. Es sollte vermieden werden, dass ähnlich wie bei der Ausschreibung von Harvey Barracks ein Ausschreibungstext erfolgt, der ohne Absprache mit der Stadt erstellt wurde.

Stadtrat Moser findet den Vorschlag der KIK hinsichtlich der Erfahrungswerte anderer Städte sehr gut, da diese bereits verschiedenen Erfahrungen mit der BIMA gesammelt haben. Er wundert sich über Förderzusagen, die andere Städte seitens der Staatsregierung erhalten und gibt zu bedenken, dass Kitzingen bei den Diskussionen und Entscheidungen hinsichtlich der Konversion keine geschlossene Einheit nach Außen darstelle und verweist insbesondere auf die Entscheidung hinsichtlich des Klinikums Kitzinger Land.

Um entsprechende Hilfen aus München zu erhalten, brauche man ein entsprechendes Konzept.

Seiner Aufsicht nach dürfe die Ausschreibung der Marshall Heights kein Zufall werden und begrüßt eine vorherige Abstimmung. Dabei spricht er sich vielmehr für einen runden Tisch aus, als für eine Sondersitzung und verweist auf die letzte Sondersitzung vom 01.12.2011, die ohne Ergebnis blieb.

Oberbürgermeister Müller verweist auf verschiedenen Anstrengungen, um fraktionsübergreifend Hilfen von der Staatsregierung zu erlangen, wobei eine feste

Zusage nicht gegeben werden kann. Darüber hinaus wurde versucht, eine Zweigstelle der Universität in Kitzingen zu installieren, was ebenfalls nicht funktioniert hat. Er stellt fest, dass der Konversionsprozess nicht bei „Null“ stehe, sondern bereits Vieles angegangen wurde.

Er stimmt zu, dass die Absprachen mit der BIMA verbessert werden müssen.

Stadtrat Pauluhn wundert sich, dass sich die Verwaltung und der Antragssteller im Vorfeld nicht auf einen Beschlussentwurf einigen, wenn die Meinungen nicht weit auseinander sind. Er befürchte, dass die Verwaltung mit der vorherigen Erstellung eines Konzeptes einen Papiertiger fertige, da insbesondere eine Beratung der Wohnungsmarktanalyse noch nicht im Stadtrat erfolgte.

Stadtrat Schmidt erklärt, dass nach den Versäumnissen hinsichtlich der Ausschreibung zu den Harvey Barracks im Stadtrat ein Konsens hinsichtlich der Eckpunkte der Ausschreibung der Marshall Heights gefunden werden sollte. Mit Blick auf die verschiedenen infrastrukturellen Einrichtungen in den Marshall Heights (Kindergarten, Schulen, Turnhalle) müsse definiert werden, in welche Richtung es gehen soll. Die Stadt müsse nun aktiv werden.

2. Bürgermeister May stellt den Antrag auf Schluss der Debatte.

beschlossen dafür 20 dagegen 7

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von 2. Bürgermeister May wird stattgegeben.

Stadtrat Weiglein verweist auf verschiedene Anstrengungen seitens der Stadt, die Marshall Heights beispielsweise für Studenten der Stadt Würzburg um zu nutzen, was unter anderem an der verkehrlichen Situation scheiterte. Darüber hinaus verweist er auf die Problematiken, die Aschaffenburg mit dem Wohnangebot von Konversionsflächen hatte. Seiner Auffassung nach müsse mit der BIMA die Vorgaben festgezurr werden.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte kurz über den Antrag sowie über inhaltliche Punkte hinsichtlich der Marshall Heights.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass sich der Antrag lediglich auf das Verfahren beziehe und im Ergebnis der Antragssteller sowie die Verwaltung eine Beratung im Stadtrat möchten, jedoch die Basis, auf welche dies geschehen soll, eine andere sei.

Es sei wichtig, dass sich die Verwaltung und der Stadtrat auf ein gemeinsames Ziel einigen, damit dies der BIMA gegenüber dargelegt werden kann.

Bürgermeister Christof stellt dar, dass die Herrschaften im Januar bzw. Februar eingeladen werden sollten, damit im Anschluss eine Sondersitzung stattfinden könne.

beschlossen dafür 15 dagegen 12

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt, den Erfahrungsschatz anderer Kommunen zu nutzen und die Personen, die dort mit der Durchführung der Kaufverhandlungen betraut waren, zu einem Informationsaustausch mit dem Stadtratsgremium einzuladen.
3. Es wird vor einer Beschlussfassung über die mehrheitlich beabsichtigte

Auslobung eines kostenintensiven städtebaulichen Wettbewerbs für die Entwicklung des Marshall Heights-Gebietes eine Sondersitzung des Stadtrats zum Thema „Zukünftige Entwicklung der Wohnanlage Marshall Heights“ anberaumt.

**7.2. Ausbau des Breitbandnetzes im Stadtgebiet Kitzingen;
Antrag der KIK-Fraktion zum geplanten Technik-Container im Bereich der
Kleingartensiedlung am Bahnhof**

Bürgermeister Christof verweist auf die Beschlussfassung hinsichtlich der baurechtlichen Sicherung der Kleingärten und äußert seinen Unmut, dass die Verwaltung durch den Abschluss des Pachtvertrages mit Kabel Deutschland, diesen Beschluss durchbrochen hat. Er verweist auf einen Passus im Vertrag mit Kabel Deutschland wonach beide Seiten zurücktreten können, wenn bis 01.10.2012 kein Baurecht für den Container vorliege. Nachdem dies nicht der Fall sei, könne die Stadt ohne Schadensersatzforderungen vom Vertrag zurücktreten. Dies bittet er zu beschließen, damit der Stadtrat seine Autorität zurückerlange.

Bauamtsleiter Graumann bittet dem Antrag nicht zu folgen und erklärt, dass die Beschlussfassung hinsichtlich der Sicherung der Kleingärten dem benannten Pachtvertrag nicht entgegenstehe, da die Kleingärten in einem zukünftigen Bebauungsplanverfahren gesichert werden können. Dies sei trotz des Pachtvertrages möglich. Man habe mit Kabel Deutschland verschiedene Möglichkeiten geprüft, wobei auch der Bahnhofsvorplatz in Rede stand. Mit Blick einer Umgestaltung des Vorplatzes wollte man mit der Errichtung des Containers in diesem Bereich nicht bereits im Vorfeld einen Zwangspunkt setzen. Kabel Deutschland habe signalisiert, zu gegebener Zeit den Standort wieder zu wechseln.

Stadträtin Richter äußert ihren Unmut, weshalb die Verwaltung im Vorfeld dieses Pachtvertrages nicht über den Umstand informiert habe.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über den Antrag, den Vertrag mit Kabel Deutschland sowie der Möglichkeit einen anderen Standort zu finden.

Stadtrat Pauluhn stellt den Antrag, bis zur nächsten Stadtratssitzung einen geeigneten Standort in Bahnhofsnähe zu suchen, damit den Wünschen aller Beteiligten möglichst Rechnung getragen werde.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass zunächst über den Antrag der KIK-Fraktion abgestimmt werden müsse.

beschlossen dafür 15 dagegen 12

Der seitens der Stadtverwaltung vorgesehene Standort für den Technik-Container wird abgelehnt. Der Pachtvertrag mit der AMS-Verwaltung GmbH vom 11.5./31.5.2012 ist zu kündigen.

Stadtrat Weiglein gibt zu bedenken, dass über die Kündigung beschlussgefasst wurde und von Rücktritt im Beschluss keine Rede war.

8. Sanierung der `Alten Mainbrücke`

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Beratung im Finanzausschuss und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Heisel verweist auf den Anprallschutz, der bereits beschlossen sei und seitens der Wassenstraßenneubauamtes durchgeführt werde. Er bittet um Beachtung, dass die Sanierung mit der Maßnahme des Anprallschutzes eng abgestimmt werde.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

Stadtrat Pauluhn verweist auf den Beschlussentwurf, wonach sich ein Planungsteam mit den Elementen „Gestaltung, Technik, Licht“ aus drei verschiedenen Büros zusammenschließen sollte. Seiner Auffassung nach sollte dies im Beschlussentwurf nicht derart straff gefasst werden, da es sicherlich auch Planer gebe, die Teile des geforderten vereinen.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass die Verwaltung eine Auswahl in der vorgeschlagenen Form ohnehin vorgenommen hätte.

Auf nochmalige Nachfrage von Stadtrat Pauluhn sagt Oberbürgermeister Müller zu, das Wort „idealerweise“ im Beschluss einzufügen.

Stadträtin Wallrapp verweist auf ein Lichtkonzept, welches im Rahmen des ISEK vorgeschlagen wurde und bittet, dies ebenfalls bei der Planung einzubeziehen. Bauamtsleiter Graumann sagt dies zu.

Stadtrat Weiglein bittet bei der Sanierung auch die bereits bestehenden Wappen entsprechend mit einzubeziehen.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

1. Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Sanierung der `Alten Mainbrücke` ein Sanierungskonzept zu erarbeiten welches die Leistungsphasen 1 und 2 Grundlagenermittlung und Vorentwurfsplanung umfasst.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für das Sanierungskonzept drei Angebote von Planungsteams einzuholen, welche sich idealerweise aus einem Brückenbauingenieur, Architekten und einem Lichtplaner zusammensetzen.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat nach Auswertung der Angebote einen Vergabevorschlag zu unterbreiten.

9. Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsprogramms

Oberbürgermeister Müller verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Stadt Kitzingen zum Landesentwicklungsplan. Diese wurde bei der letzten Sitzung der fränkischen Oberbürgermeister besprochen und im Ergebnis vom Bayerischen Gemeindetag in dieser Form empfohlen.

Bürgermeister Christof äußert seinen Unmut, dass die Stadträte im Vorfeld keinerlei Kenntnis in der Stellungnahme hatten und erklärt, dass in anderen Kom-

munen diesbezüglich extra eine Sitzung einberufen wurde. Eine solche Stellungnahme sollte vorher im Gremium beraten werden und nicht ausschließlich von Seiten der Verwaltung verfasst werden.

Stadtrat Weiglein sieht die Stellungnahme Positiv und verweist auf frühere Verfahrensweisen hinsichtlich des Landesentwicklungsplans, bei denen der Verwaltung keine Möglichkeit gegeben wurde, Stellung zu nehmen.

Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat nimmt die Stellungnahme der Stadtverwaltung zum Entwurf des Landesentwicklungsprogramms, in der vorliegenden Fassung (s. Anlage 1), zur Kenntnis.

10. Antrag von Stadträtin Glos Beendigung der öffentlichen Sitzung und Fortführung des nichtöffentlichen Teils

Stadträtin Glos stellt den Antrag, die übrigen öffentlichen Tagesordnungspunkte abzusetzen und die nichtöffentliche Sitzung fortzuführen.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über den Antrag mit Blick auf die noch ausstehenden Tagesordnungspunkte.

abgelehnt **dafür 11** **dagegen 15**

Es besteht Einverständnis, die öffentliche Sitzung zu beenden und die nichtöffentliche Sitzung weiterzuführen.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde und die Tagesordnung beendet werde.

11. Vermögensbuchführung der Stadt Kitzingen

beschlossen **dafür 26** **dagegen 0**

1. Die Dienstanweisung für die Vermögensbuchführung der Stadt Kitzingen vom 18.07.1994, in Kraft getreten am 01.08.1994, wird zum 31.12.2012 ersatzlos aufgehoben.
2. Die Bagatellgrenze für bewegliches Vermögen, das nach § 75 Abs. 2 KommHV-Kamera-listik nicht in das Bestandsverzeichnis aufzunehmen ist, beträgt ab 01.01.2013 netto 100 €.
3. Für die Berechnung der kalkulatorischen Abschreibungen in den Anlagenachweisen dienen die steuerlichen Abschreibungstabellen (Bundesministerium der

Finanzen) als Orientierung bzw. werden die gesetzlichen Regelungen zugrunde gelegt.

. Die Straßenentwässerungsanteile betragen:

- für Schmutzwasserkanäle 0 %
- für Regenwasserkanäle 50 %
- für Mischwasserkanäle 25 %

4. Die Vermögensbuchführung ist insgesamt der Finanzverwaltung zugeordnet.

12. **Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm - Soziale Stadt; Bedarfsmittlung 2013**

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Sitzungsvorlage und erkundigt sich nach Fragen.

Bürgermeister Christof und Stadtrat Schmidt verweisen auf die Ziffer 3.3 „Ansiedlung Bürgerpark zwischen Breslauer Straße und B 8“ und wundern sich, woher diese Anmeldung rührt und möchten wissen, ob sich hiermit in Zukunft der Stadtrat beschäftigen wird. Bürgermeister Christof ergänzt, dass es sich um Eigentum der Bau GmbH handle.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Anmeldungen aus dem integrierten Handlungskonzept gründen, welches der Bürgerarbeitskreis vorgeschlagen und der Stadtrat beschlossen habe. Mit Blick auf die Entmietung bis 2015 können die Mittel aus 2014 entsprechend verschoben werden.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass das Integrierte Handlungskonzept überarbeitet werden müsse und sagt zu, hierüber sowie hinsichtlich des Bürgerparks eine entsprechende Diskussionsgrundlage zu liefern.

Stadträtin Schmidt als Referentin für Soziale Stadt ist der Auffassung, dass der Bürgerarbeitskreis sehr engagiert sei und dieser keine Entscheidungen über Maßnahmen treffe, sondern lediglich Vorschläge unterbreite. Eine Überarbeitung des integrierten Handlungskonzepts sei dringend erforderlich.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

1. Das Antragsvolumen der förderfähigen Kosten für das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt wird für die Haushaltsjahre 2013 - 2016 wie folgt festgesetzt:

2013:	1.173.100 €
2014:	964.600 €
2015:	1.275.000 €
2016:	1.275.000 €
Gesamt 2013 - 2016:	4.687.700 €

2. Die aus der Anlage ersichtlichen Einzelmaßnahmen werden zur Förderung angemeldet.

13. Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm - Stadtumbau West -, Bedarfsmitteilung 2013

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Sachvortrag und erkundigt sich nach Fragen.

Stadtrat Pauluhn ist der Auffassung, dass die Bedarfsmitteilung unprofessionell erstellt werde, da die Zahlen in der Regel auf keiner Basis ermittelt werden und es sich oft um Luftnummern handle. Seiner Auffassung nach sollte eine Vorberatung beispielsweise im Stadtentwicklungsbeirat erfolgen.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

1. Das Antragsvolumen der förderfähigen Kosten für das Städtebauförderprogramm

Stadtumbau West 2013 wird für die Haushaltsjahre 2013 - 2016 wie folgt festgesetzt:

2013:	1.589.900 €
2014:	1.440.000 €
2015:	1.825.000 €
2016:	1.100.000 €
Gesamt 2013 - 2016:	5.954.900 €

2. Die aus der Anlage ersichtlichen Einzelmaßnahmen werden zur Förderung angemeldet.

14. Sachstandsbericht des Bauamtes - 3. Quartal 2012 (Tischvorlage)

Oberbürgermeister Müller verweist auf den vorliegenden Sachstandsbericht und bittet diesen zur Kenntnis zu nehmen. Etwaige Fragen bittet er direkt an Herrn Graumann zu richten.

Stadträtin Dr. Endres-Paul stellt dar, dass die Vorlage der Intention des Antrages der SPD nicht entspreche. Sie habe sich eine umfassende Übersicht hinsichtlich der großen Maßnahmen erhofft.

Stadtrat Schmidt bedankt sich für das sehr gute Papier, welches eine Übersicht zu den einzelnen Maßnahmen gibt.

Stadtrat Moser unterstützt Stadträtin Dr. Endres-Paul und erklärt, dass größere Maßnahmen anhand einer entsprechenden Excel-Liste dargestellt werden und somit die Kosten überwacht werden können.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass er die Arbeit zum vorliegenden Papier gerne einstellen könne, wenn dies gewollt sei, da es für sein Amt ein erheblicher Aufwand sei. Die angesprochene Übersicht bei größeren Maßnahmen sei etwas anderes und werde bei Behandlung der einzelnen Maßnahmen jeweils vorgelegt.

Ohne Abstimmung

Der Sachstandsbericht des Bauamtes über wichtige Projekte der Stadt wird zur Kenntnis genommen.

15. Sonstiges

15.1. Anfrage von Bürgermeister Christof Sachstand Bauvorhaben Goller

Bürgermeister Christof verweist auf einen Termin mit den Verantwortlichen des Bauvorhabens Goller in der Siedlung im Bauamt und erkundigt sich nach dem Sachstand, da offenbar bei diesem Gespräch Problematiken aufgetaucht seien, von denen man bislang keine Kenntnis hatte.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass er hierüber in der Sitzung des Stadtrates am 08.11.2012 einen Bericht geben werde.
Hiermit besteht Einverständnis.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21:07 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt